



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

OD/X/5 - 6. 4. 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 800

O S T - D I E N S T

Hinweise auf den Inhalt

Pankow forciert "Verteidigungsbereitschaft"	Seite	1
Hermetische Abriegelung Westberlins?	Seite	3
Ernährungskrise in der SBZ	Seite	4
Schmerzenskind Landwirtschaft	Seite	6
"Westflüchtlinge" werden durchleuchtet	Seite	8

Ulbrichts "Aufruf an sein Volk"

E.Z. Der 2. April 1955 soll nach den Plänen der Pankower Machthaber zu einem "Markstein" in der Entwicklung des SED-Staates werden. Das ZK der SED hat in seinem Organ "Neues Deutschland" offiziell zur Organisation der "Verteidigung des Arbeiter- und Bauernstaates" aufgerufen. Unter Hinweis auf die Sowjetarmee, in der von 100 Soldaten 77 Mitglieder der KP oder der Komsomolzen seien, heißt es: "Auch die Mitglieder und Kandidaten der SED sind sich ihrer Rolle bewußt und werden bei der Organisation aller militärischen Maßnahmen zum Schutze unserer Republik vorangehen!"

Dieser Aufruf an die Partei und die FDJ, zu den Fahnen zu eilen, kam nicht von ungefähr. Jahrelang hatten SED und KVP in den Betrieben unter Anwendung aller erdenklichen Druckmaßnahmen für den Eintritt in Ulbrichts "Nationalarmee" geworben, aber immer wieder waren sie auf den entschlossenen Widerstand der Bevölkerung, ja sogar der Parteimitglieder gestoßen.

SED-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

Am 25. und 26. März waren aus allen Garnisonstädten der Zone höhere Offiziere zu einer dringend einberufenen Konferenz nach Berlin zusammengeholt worden, auf der Vertreter der Regierung und des ZK mitteilten, daß angesichts der mißglückten Werbekampagnen vom 1. April an alle Parteimitglieder und Angehörigen der FDJ im Alter von 18 bis 22 Jahren zur KVP eingezogen würden. Die Mitgliedschaft in Partei oder FDJ mache für jeden den Wehrdienst verpflichtend. Gleichzeitig wurde bekanntgegeben, daß in den Kasernen die Offiziere ihre dort mit Beschlag belegten Wohnräume sofort zu verlassen hätten, um Platz für die neuen Rekruten zu machen.

Ulbricht und Grotewohl möchten diesen für alle Partei- und FDJ-Mitglieder verpflichtenden Gang zu den Einkleidungskammern der "Nationalarmee" als eine freiwillige patriotische Tat hinstellen, der eindeutige Hinweis auf das SED-Statut, in dem es heißt, die "Partei organisiert die Werktätigen zur allseitigen aktiven Verteidigung des Staates" entlarvt aber den Aufruf an den Patriotismus als einen brutalen Befehl der Führungselite des ZK.

Das ZK der SED möchte sich gern in der Rolle des Preußenkönigs von 1813 sehen, der feststellen konnte: "Der König rief, und alle, alle kamen." Deshalb mußten bereits einen Tag nach dem Aufruf des ZK im "Neuen Deutschland" die Zeitungen Berichte aus zahlreichen Zonenbetrieben veröffentlichen, nach denen hier sofort 25, dort 15, 10 usw. Belegschaftsmitglieder zu den Fahnen geeilt waren. Selbst diese Berichterstattung in der Presse wird auf Anweisung des ZK zu einer patriotischen Zeremonie. In den Meldungen taucht immer wieder der Standardausdruck auf: Sie beschlossen, in den Reihen der KVP den Schutz der DDR zu übernehmen. Auch die am Wochenende überall in der Zone durchgeführten Kreisdelegiertenkonferenzen der FDJ erfüllten ihr erstes Zwangssoll, wenn sie bekanntgaben, daß so- undsoviel "Freunde jetzt den Schutz der Heimat in den Reihen der KVP übernehmen" würden.

Wenn das ZK die jetzt befohlene Zwangseinberufung der Partei- und FDJ-Mitglieder als bloße "Auffüllung der KVP" hinstellen möchte, in der durch die

SPD-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

Entlassung Langdienender Lücken entstanden, so ist darin nichts anderes als ein Täuschungsmanöver zu erblicken. KVP-Angehörigen, deren vertragliche Dienstzeit schon seit langem abgelaufen ist, wird die Entlassung selbst im Falle von Krankheit verweigert. Künftig zu verzeichnende Entlassungen von KVP-Angehörigen in die Betriebe sollen nur dem Zweck dienen, für den Aufbau der "Arbeitermiliz" unter SED-Oberbefehl militärisch gut geschulte Kräfte zu gewinnen.

Den patriotisch verbrämten Rahmen für die zwangsweise Einberufung aller 18- bis 22-jährigen SED- und FDJ-Mitglieder mußte am Wochenende die Schillerfeier in Weimar abgeben. GROTEWOHL versuchte an diesem Tag, Friedrich SCHILLERS Gedankenwelt in Instruktionssparolen für die Verteidigungsbereitschaft der SED-Mitglieder umzumünzen. Noch niemals sind Schillerzitate so groß herausgestellt worden, wie an diesem Sonntag.

"Und setztet Ihr nicht das Leben ein, nie wird Euch das Leben gewonnen sein!"

+ + +

Der Abschnürungsgürtel um Berlin wird verstärkt

H. St. Seit Monaten sind bereits Vorbereitungen im Gange, die einen neuen Versuch zur Abschnürung Berlins darstellen.

In erster Linie richten sich die vorbereiteten Aktionen auf die Schaffung eines sogenannten "Verteidigungsringes um Berlin" und damit auf den Versuch, eine hermetische Abschnürung Berlins von der Zone zu erreichen. Sie soll - wenn auch ein Termin bis heute noch nicht feststeht - erfolgen, bevor die allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist.

SPP-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

In den Gesprächen, in die sich wiederholt auch GROTEWOHL und der sowjetische Stadtkommandant von Berlin, DIBROWA, eingeschaltet haben, wurden die Vorstellungen der SED von einer radikalen Abschneuerung in Form einer "neuen Blockade" laufend abgeschwächt, da die Sowjets jede Aktion untersagten, die sich nicht politisch "lokalisieren" ließe.

Der schließlich von der Zonenregierung aufgestellte und von den Sowjets gebilligte Plan sieht im wesentlichen eine Verbreiterung des bereits seit Jahren bestehenden Kontrollgürtels um Berlin vor. Die Kontrollgrenze soll künftig bis zum Autobahnring um Groß-Berlin vorgeschoben werden, so daß u. a. auch Königswusterhausen, Eichwalde und Zeuthen in den Gürtel einbezogen werden würden. Diese Verbreiterung soll die Möglichkeiten einer besseren Trennung des Berufsverkehrs und des Reiseverkehrs nach Berlin geben. Auf dem Gebiet der Bahnverbindungen und beim Nachrichtenverkehr werden neue Maßnahmen vorbereitet, mit dem Endziel, eine effektive Abschneuerung Berlins von der Sowjetzone zu erreichen.

+ + +

Der Hunger kommt wieder:

Angespannte Versorgungslage - Rationierung verschärft

R. M. Vor den staatlichen Warenhäusern der Sowjetzone, vor den Konsumverkaufsstellen und den privaten Läden stehen wieder Schlangen. Ein Bild, von dem man 1953 nach Verkündung des "neuen Kurses" in der Zonenrepublik glaubte, es gehöre nun endgültig der Vergangenheit an, ist wieder zu etwas Alltäglichem geworden. Mangel ist wieder eingezogen, Mangel an Waren aller Art, vor allem jedoch an Lebensmitteln. Einige dieser Erscheinungen seien hier kurz angeführt:

Aus den KO-Geschäften in der gesamten Zone ist die Butter verschwunden, sie darf jetzt auch nicht mehr zu dem erhöhten Preis von 10 DM pro Pfund abgegeben werden. Lediglich ein Drittel der Kartenration an Fett wird noch mit Butter gedeckt, aber selbst das nicht mehr in jedem Monat. Ebenso ist

SFD-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

es mit dem Zucker. Laut einer Anordnung der Regierung darf er im freien Handel (d. h. zu den Staatlichen Schwarzmarktpreisen) überhaupt nicht mehr geführt werden, die Kartenversorgung (1.250 gr. pro Monat) ist nicht mehr gewährleistet. Auch die 1.080 gr Fleisch oder Wurst sind nur noch schwer zu erhalten. Um der Brotknappheit Herr zu werden, bereitet die Regierung einen Erlaß vor, der die Rückkehr zu einem voll ausgemahlten Einheitsbrot vorsieht.

Diese erschreckende Entwicklung vollzieht sich vor dem Hintergrund der Rückkehr zum "alten Kurs". Nachdem die Schwerindustrie wieder das absolute Primat vor der Konsumgüterproduktion erhalten hat, ist auch das Interesse der staatlichen Stellen an einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung wie weggeblasen. Die Importpläne, auf denen Lebensmittel im vorigen Jahr noch an bedeutender Stelle standen, sind umgestoßen worden. Auf Südfrüchte und Lebensmittel glaubt man nun wieder weitgehend verzichten zu können. Stahl, Eisen, Rohstoffe zählen allein noch. Gleichzeitig hat man die Ausfuhrquote von notwendigen Lebensmitteln erhöht. Man erinnert sich, daß der Zuckerexport der "DDR" gegenüber dem Vorjahr um 50 % erhöht wurde. Ähnlich erhöht wurde der Export in Spirituosen, zu deren Produktion ja ebenfalls Korn, Kartoffeln und vor allem Zucker (bei Likören) benötigt werden. Hauptabnehmer dieser Erzeugnisse sind die Staaten des Ostblocks und die Sowjetarmee, die sich im übrigen nach wie vor aus den Beständen des Besatzungslandes ernährt. Während schon allein diese Praxis zu einer wesentlichen Verengung der Ernährungsbasis geführt hat, sinken durch die gerade wieder angekurbelte Kollektivierung auch die Erträge der eigenen Landwirtschaft. (Siehe dazu auch den Landwirtschaftsartikel in diesem Dienst.)

Den staatlichen Dienststellen der Zonenrepublik ist nicht unbekannt, daß angesichts einer solchen Entwicklung das Stimmungsbarometer der Bevölkerung langsam aber stetig wieder auf "Sturm" klettert. Ihnen ist auch bekannt, daß der Anschluß an die Ernte 1955 nicht gesichert ist, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage führen muß. Handelsminister GREGOR, der deshalb Ende Februar und Anfang März teils selbst, teils durch Mittelsmänner in Moskau und Pankow verhandelte, um wenigstens in einigen Massenkonsum-

SPD-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

gütern Aushilfesendungen zu erhalten, hatte wenig Erfolg. Amtliche Kommuniqués sprechen zwar von gewissen "Abschlüssen", die getätigt seien, Angaben über Art und Menge der Lieferungen wurden jedoch nicht gegeben. Das ist ein schlechtes Zeichen, zumal wenn man bedenkt, wie doch sonst jeder gelieferte Sowjettraktor, jede Konservendose aus dem Osten zum Anlaß einer lauten und überschwänglichen Propaganda genommen wurden.

Die Bevölkerung der Zone, für die solche unbedeutenden Außerlichkeiten aufschlußreicher sind als seitenlange Regierungserklärungen, richtet sich auf Schwarzes ein: Überall, wo noch etwas zu haben ist, werden Angetkäufe getätigt, Hamsterfahrten auf das flache Land und nach Westberlin nehmen zu, die vorhandenen Vorräte an Kartoffeln und Eingemachtem werden neu eingeteilt. In Betriebsversammlungen und beim Ecklangestehen aber hört man bereits wieder jenes Grollen, das auch in den Monaten vor dem 17. Juni 1953 zu hören war: Der harte Kurs und der Hunger zeitigen Widerstand und Haß, die wenigstens zeitweise besänftigt waren.

+ + +

Ein neuer Mann - die alten Sorgen

H. St. Die Absetzung des bisherigen Sowjetzonenministers für Landwirtschaft, SCHOLZ, richtet die Aufmerksamkeit wieder einmal auf die Misere der Sowjetzonenlandwirtschaft. Der Zusammenbruch in der Versorgung mit Fleisch und Fett zwingt die SED, "neue Maßnahmen" zu ergreifen.

Der neue Plan sieht eine Steigerung der Viehbestände und eine Steigerung der Milchleistung vor. 45 000 Tonnen Schlachtvieh und 250 000 Tonnen Milch werden in dem vom Ministerrat verabschiedeten Plan gefordert. Das bedeutet für die einzelnen Bezirke eine Steigerung um 20 Prozent. Da diese Forderungen nicht zu erfüllen sind, sind die Zahlen lediglich zur Kennzeichnung der Größenordnung des Defizits interessant, das in der Versorgung zu Buche steht.

SPD-Pressedienst
OD/X/5

6. 4. 1955

Die Aufstockung der Viehbestände aber wird die Misere nicht nur nicht beheben können, sie wird ^{sie} sogar noch steigern. Die neuen Viehbestände werden weder die Milchleistung noch die Fleischversorgung steigern können, sie werden die Futtermittelversorgung der alten Viehbestände, die bereits sehr schlecht ist, auch noch weiter drücken und damit deren Leistungsfähigkeit schmälern.

In nicht wenigen Kreisverwaltungen erörtert man bereits heute den Plan, die Viehbestände überhaupt zu verringern. Die verordnete Steigerung der Viehhaltung soll mit einer Steigerung der Getreideproduktion um 50 000 und der Futtermittel um 800 000 Tonnen ermöglicht werden. Allein die 50 000 Tonnen Getreide entsprechen aber in der Sowjetzone den Ertrag von 18 000 Hektar, 800 000 Tonnen Futter und Hackfrüchte den Ertrag von 55 000 Morgen guten Ackerbodens.

Wie diese Leistungssteigerung erreicht werden soll, darüber fehlt jeder Hinweis. Die Hinweise auf die sowjetischen Neuerer- und die Wettbewerbsbewegung als wesentlichste Faktoren aber bedeuten in der Landwirtschaft noch mehr als in der Industrie das Eingeständnis, daß eine Leistungssteigerung mit vernünftigen Produktionsmethoden nicht erreicht werden kann.

Das entscheidende Hemmnis für die Erreichung der neuen Absichten aber liegt in den politischen Plänen und ihren Wirkungen begründet, die auch im Bereich der Landwirtschaft wieder forciert werden. Seit der Leipziger Konferenz der kommunistischen Vertrauensleute in den LPG ist auch der Zwang zur verstärkten Kollektivierung wieder fühlbar geworden. Dabei richtet der Zwang gegen die Mittel- und sagen. Großbauern auch noch die Leistungsfähigkeit dieser landwirtschaftlichen Betriebe zugrunde, die bis heute die Versorgung halbwegs gesichert haben.

Es scheint unwahrscheinlich, daß diese bestehenden Schwierigkeiten mit den neuen Veränderungen im Landwirtschaftsministerium behoben werden können. Die Berufung REICHELTS zum Leiter des Landwirtschaftsministeriums, in dessen erste Amtsperiode bereits einmal die rücksichtslose Kollektivierungspolitik der Jahre 1953/54 fiel, bietet allen Anlaß zu Befürchtungen, daß sich diese Tragödie wiederholen wird.

8 - 6. 4. 1955

Auch sie haben ihren Flüchtlingsstrom!

H. D. In Westberlin gibt es bekanntlich eine Flüchtlingsstelle für Jugendliche, die immer dann besonders viel zu tun hat, wenn in der Sowjetzone die Werbung für die KVP auf Hochtouren läuft.

Nun hat die "Volkskammer" der Sowjetzone anfang des Monats/^{März}einen "Beschluss zum Schutze der friedliebenden Jugend Westdeutschlands" akzeptiert, der vorsieht, daß jeder westdeutsche Jugendliche, der keinen Wehrdienst leisten will, in der Sowjetzone Asyl finden und seine Ausbildung fortsetzen könne. Seit jener "Volkskammer"-Tagung veröffentlichten die SED-Zeitungen "Neues Deutschland" und die FDJ-Zeitung "Junge Welt" in Abständen von zwei bis vier Tagen Berichte, nach denen angeblich Jugendliche - meist soll es sich um eine Zahl zwischen 5 und 25 handeln - der "drohenden Rekrutierung" wegen in der Sowjetzone um Schutz und Aufnahme nachgesucht haben.

Dieser "Flüchtlingsstrom" - es soll garnicht davon die Rede sein, wie sehr diese Jugendlichen vom Regen in die Traufe kommen - soll nun in Zukunft besser gesichtet und vor allem überprüft werden. Zu diesem Zweck wird in Ostberlin gegenwärtig die Einrichtung eines "Zentralhauses für Kriegs- und Wehrdienstverweigerer" (der Bundesrepublik!) vorbereitet, das gewissermaßen als eine Art Gegenstück zur Westberliner Jugendflüchtlingsstelle gedacht ist. Besagtes Zentralhaus soll in Ostberlin Unter den Linden installiert und von einem linientreuen KP-Funktionär aus der Bundesrepublik geleitet werden. Ihn sucht man im Augenblick noch. Die politische Verantwortung über das Zentralhaus wird aller Wahrscheinlichkeit nach der FDJ-Zentralrat übernehmen, derselbe Zentralrat, zu dessen Mitgliedern auch der KVP-Generalmajor Heinz KESSLER zählt.

Übrigens: In Pankow hatte man inzwischen eine Verordnung vorbereitet, derzufolge kein jugendlicher Westflüchtling zur KVP geworben oder einberufen werden dürfe, damit der eigentliche Sinn dieser Aktion nicht allzu augenfällig würde. Die sowjetische Hohe Kommission hat das Inkrafttreten dieser Verordnung untersagt....

Verantwortlich: Stefan Thomas